

## Die Not des Mittelstandes.

### Massenkundgebung der Industrieangestellten.

Die Wirtschaftsführung der Beamtenschaft ist an einem kritischen Wendepunkt angelangt und die fortgesetzt sich verschärfende Bedrängnis der überwiegenden Mehrheit der Festbesoldeten hat dazu geführt, daß auch Kreise, die sich zum Mittelstand rechnen, dem Beispiel der Arbeiter folgend, nun zu den Kampfmitteln der Arbeiter zu greifen drohen, wenn ihnen nicht ehestens durch entsprechende Gehaltserhöhungen die Gelegenheit zu einer Besserung ihrer Lebensführung geboten werde. Eine derartige Bewegung besteht seit neuestem auch unter den Industrieangestellten, die gestern abends eine Massenkundgebung in einem Saale im 20. Bezirk veranstaltet haben. Der große Versammlungsraum erwies sich als viel zu klein, um alle Besucher, die Kopf an Kopf standen, zu fassen. Bis in den Mitternacht hinaus standen dichtgedrängt die Versammlungsteilnehmer, unter denen sich auch zahlreiche Beamtinnen der Industrie befanden. In der Versammlung selbst herrschte eine erregte Stimmung, die durch die oft leidenschaftlichen Ausführungen der Referenten eine weitere Steigerung erfuhr.

Das Hauptreferat erstattete Redakteur Viktor Stein.

Er führte unter anderem aus: Was nützen uns alle in noch so hohen Prozentsätzen ausgedrückten Steuererhöhungen, wenn die Grundgehälter so bemessen sind, daß die Endsumme unserer monatlichen Bezüge noch lange nicht den dortigen Wochenlohn eines qualifizierten Hilfsarbeiters erreicht? Nicht der Neid drängt uns zu diesem Vergleich, sondern die Erkenntnis, daß wir gleichfalls in diesen müssen, unsere Lage so zu gestalten, daß wir die noch erhältlichen Waren des täglichen Bedarfs nicht nur bewundern, sondern auch kaufen können. Sollen denn immer die Privatangestellten leer ausgehen? Sollen wir wirklich im fünften Kriegswinter mit zerstückelten Kleidern und schlechten Schuhen vom letzten hässlichen Herd in die Betriebe und Kanzleien gehen? Dieses Alles nur darum, weil wir trotz unabwehrlicher Reichtümer der Unternehmer Hungergehalte beziehen? Die Industrieangestellten sind Helden, die schweigen, wo sie schreien sollten; aber auch das Schweigen ist zeitlich befristet. Man möge sich an den herrschenden Stellen vor Augen halten, daß es keinen schlechteren Veräter geben kann als die Verzweiflung. Als eine Deputation der Industrieangestellten dem Ministerpräsidenten die Notlage der Privatbeamten schildern wollte, wurde ihr erklärt, daß sie nichts zu erzählen brauche, denn die Regierung kenne diese Sorgen. (Rufe: Nichts mehr zu davon!) Die Regierung, fuhr Redner fort, weiß von unserer Not, aber es geschieht nichts zur Besserung unserer Lage, weil wir bisher nicht dranhin waren. Gestung hat nämlich mit der organisierten Mensch. (Zustimmung.) Die Reichsverbandskommissionen, die man uns gegeben hat, sind ein schönes glänzendes Instrument (Geisterheit), aber angewendet wird es nicht. Die Privatangestellten sind den Staatsangestellten gegenüber bedeutend im Nachteil, da sie viel rascher leben und ihre Ver-

den viel rascher verbrauchen, als ihre Kollegen im Staatsdienst, die wenigstens ein gesichertes Einkommen haben. Wir wollen nicht mehr die Not ertragen, weil wir es nicht mehr können. Jetzt heißt es vorbereiten (Rufe: mobilisieren!) zum Kampf, den wir mit allen Mitteln führen werden. (Stürmische Zustimmung.)

Es gelangten hierauf noch andere Redner zum Wort, die die Vertrauensmänner der Verbände aufforderten, die schon fixierten Forderungen den einzelnen Betrieben zu überreichen. Nach einer Ankündigung, daß weitere Versammlungen der Industrieangestellten in der aller nächsten Zeit folgen werden, wurde die Versammlung geschlossen.

### Die Forderungen der Bankbeamten.

Die Bankbeamten haben im Wege des Reichsvereins der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs den Leitungen sämtlicher Bank- und Kreditinstitute des Reiches eine Reihe von Forderungen überreicht, die in einer zu Anfang dieses Monats abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der Beamtenschaft einstimmig beschlossen wurden. Es handelt sich hauptsächlich um materielle Forderungen, deren wesentlichste Einzelheiten dahin gehen: Erhöhung sämtlicher fixen Bezüge um 50 Prozent (Maximum der Erhöhung 4000 Kronen). Für Kriegsangestellte Erhöhung der Tagelöhner um 50 Prozent; Gewährung von Anschaffungsbeiträgen zweimal im Jahre im Ausmaß von je 2000 Kronen für Verheiratete, 400 Kronen für jedes Kind; 1500 Kronen für Ledige und Beamtinnen; 1200 Kronen für Kriegsangestellte über zwei Dienstjahre; 800 Kronen für Kriegsangestellte unter zwei Dienstjahren; Erhöhung der Steuererhöhungen für die Altpensionisten, Abhebung der Bezüge der Einverleibten. Die Forderungen wurden am 12. d. in sämtlichen Anstalten den Direktionen überreicht. Die diesbezüglichen Verhandlungen dürften ehestens beginnen.